

WAHLKREIS-FORMAT SPEZIAL

„Landespolitik“ für NI / SHG / DH vom SPD-Landtagsabgeordneten
Grant Hendrik Tonne

www.ghtonne.de

Ausgabe Nr. 39 / März 2014

aktuell und informativ



Wiedereinführung des Landes - Jugendhilfeausschusses

Endlich wird die Jugendpolitik in Niedersachsen wieder belebt!

Mit dem Beschluss der Landesregierung vom 28. Januar 2014, den Landesjugendhilfeausschuss und das Landesjugendamt in Niedersachsen wieder zu errichten gewinnt die Jugendpolitik des Landes erneut an Fahrt. Unsere Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration hat betont, dass die rot-grüne Landesregierung damit einen Fehler der alten Landesregierung korrigiert. Es müsse selbstverständliche Praxis sein, partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit den Jugendhilfeträgern in Niedersachsen zusammen zu arbeiten.

Die ehemalige CDU-FDP Landesregierung hatte im Zuge der Föderalismusreform im Jahr 2006 den Jugendhilfeausschuss und das Landesjugendamt kurzerhand abgeschafft. Dies hat dazu geführt, dass es in Niedersachsen lange Zeit weder eine abgestimmte Jugendhilfeplanung noch einen fachlichen Austausch zwischen den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe gegeben hat.

Es ist bis heute nicht nachvollziehbar, weshalb eine funktionierende Kinder- und Jugendhilfestruktur aufgelöst wurde.

Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen, der Jugendhilfeplanung und der Förderung der freien Jugendhilfe. Er gewährleistet darüber hinaus die partnerschaftliche Kooperation zwischen den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen.

Zur Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe soll neben dem Jugendhilfeausschuss auch wieder ein neues Landesjugendamt errichtet werden. Die Aufgaben sollen wie bis seiner Auflösung im Jahr 2007 je nach Zuständigkeit sowohl vom Niedersächsischen Sozialministerium als auch vom Niedersächsischen Kultusministerium wahrgenommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das erste rot-grüne Jahr in Niedersachsen liegt hinter uns - Zeit für eine erste Bilanz!

Wie versprochen liegt unser Schwerpunkt in der Bildungspolitik, binnen von fünf Jah-



ren werden wir eine Milliarde Euro mehr in die niedersächsische Bildung investieren - für mehr Ganztagschulen, für mehr Inklusion und für mehr Krippenplätze. Das braucht Niedersachsen und dafür werde ich kämpfen. Aber auch quer durch alle anderen Politikbereiche setzen wir Stück für Stück und Schritt für Schritt unseren Koalitionsvertrag um. Versprochen!

Für Gespräche, Wünsche und Anregungen stehe ich Euch und Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

In den letzten drei Wochen hat uns alle die Berichterstattung über den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy geschockt. Für Sebastian Edathy hat strafrechtlich selbstverständlich die Unschuldsvermutung zu gelten, es ist jetzt Aufgabe der Justiz den Sachverhalt zu ermitteln und juristisch zu bewerten. Mir persönlich reicht aber das aus, was man bereits jetzt weiß: Das Ankaufen von Bildern auf denen nackte Kinder und Jugendliche zu sehen sind, ist nicht akzeptabel und nicht hinnehmbar. Die Opfer sind die Kinder, egal ob die Bilder strafrechtlich relevant sind oder nicht. Ich verurteile das Handeln von Sebastian Edathy.

Mit besten Grüßen

Grant Hendrik Tonne

IN DIESER AUSGABE:

Erschwernisausgleichsverordnung - Grünland	2
Jahresbilanz der SPD - Landtagsfraktion	3-6
Eindrücke aus dem Landtag	7

Die Erschwernisausgleichsverordnung-Grünland

Für erhebliche Erschwernisse oder Beschränkungen der wirtschaftlichen Bodennutzung auf Grünlandstücken in Naturschutzgebieten, Nationalparks und Flächen, die gemäß §§ 28 a und 28 b geschützt sind, wird eine Ausgleichszahlung angeboten.

Ziel der Maßnahmen ist es auch, den Aufbau eines kohärenten Schutzgebietssystems Natura 2000 zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu unterstützen. Die Erschwernisausgleichsverordnung - Grünland (EA-VO-Grünland) regelt den Ausgleich von Einkommensverlusten, die bewirtschaftende Personen dadurch erleiden, dass sie in Schutzgebieten Grünland bewirtschaften und durch öffentliche Auflagen Erschwernisse bei der Bewirtschaftung der Flächen hinnehmen müssen (§ 42 Abs. 4 NAGB-NatSchG). Allerdings ist die zuletzt geltende Erschwernisausgleichsverordnung bis zum 31.12.2013 befristet gewesen. Es besteht daher ein dringender Bedarf einer Anschlussregelung. Die neue Änderungsverordnung einer Neufassung der EA-VO-Grünland enthält Erleichterungen im Sinne der Anwendung und Lesbarkeit. Eine Erhöhung des Zahlungsanspruchs ist hierbei nicht beabsichtigt. Daher bleibt die Bagatellgrenze bei 150 Euro bestehen.

Die Neuregelung stellt gleichzeitig auch eine Präventionsmaßnahme der 2015 wegfallenden Kofinanzierung der EU dar. EA-VO-Grünland beabsichtigt damit auch, dass sich die Adressaten auf den Bestand des Instruments „Erschwernisausgleich für Grünland“ einstellen und ihm vertrauen können. Dieses entspricht dem politischen Willen der Landesregierung.



Jahresbilanz der SPD-Landtagsfraktion

Seit der Wahl der neuen rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen am 19. Februar 2013 hat sich viel getan. Blicken wir zurück, so war es ein gutes Jahr für Niedersachsen. Aber das ist erst der Anfang: Erneuerung und Zusammenhalt - nachhaltige Politik für Niedersachsen - das ist der Titel unseres Koalitionsvertrages, das ist unser Anspruch an die Gestaltung unseres Bundeslandes.

Eine intensive und strukturierte Arbeitsweise der neuen Landesregierung mit ihren 49 Abgeordneten haben es ermöglicht, dass in nur 12 Monaten diverse Konzepte, Anträge und Gesetze erarbeitet werden konnten, die Niedersachsen sozialer, nachhaltiger und innovativer gemacht haben. Die SPD Landesregierung hat in enger Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner und der Landesregierung mit der Erneuerung Niedersachsens begonnen und den Stillstand beendet. Unsere Bilanz lässt sich sehen und zeigt, dass wir die Herausforderungen, die vor unserem Bundesland liegen angepackt haben!

Im Dezember 2013 hat der niedersächsische Landtag den Etat für 2014 mit der rot-grünen Ein-Stimmen-Mehrheit beschlossen. Er umfasst Ausgaben im Volumen von 27,7 Milliarden Euro. Der erste Haushalt der jetzigen Landesregierung legt den Fokus auf die Stärkung der Bereiche Bildung, Infrastruktur und Kultur. Neben den bereits bekannten Eckpunkten wie die Steigerung der Ausgaben im Kulturbereich auf 205 Millionen Euro und der Planung von 120 Millionen Euro für die Erneuerung von Straßen und Gebäuden, gibt es weitere Nennenswerte Förderprogramme im Einzelnen, die ein Mal aufgeführt werden:

Finanzen und Haushalt

Verabschiedung des Haushaltes 2014 und einer realistischen Mittelfristigen Finanzplanung (MiPla)

Der Haushalt stellt die Grundlage für bessere Zukunftsperspektiven der Menschen in Niedersachsen. Die rot-grüne Landesregierung hat es geschafft, zu einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik zurück zu kehren. Die MiPla enthält für die Folgejahre keine Deckungslücken (sog. Handlungsbedarfe) und ab 2015 auch keinerlei Vermögensveräußerungen mehr. Wir halten die Schuldenbremse bis spätestens 2020 und bauen Schulden ab. Zusätzlich investieren wir mit dem Sondervermögen in Landesliegenschaften und Infrastruktur.

Sanierung von Infrastruktur und Landesliegenschaften

Das Gesetz über die Errichtung eines „Sondervermögens zum Abbau des Investitionsstaus durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen“ wurde von uns beschlossen. Auf unsere Initiative investiert das Land Niedersachsen von 2014 an bis zum Ende der Wahlperiode insgesamt 120 Millionen Euro zusätzlich für Infrastruktur wie Landesstraßen und energetische Sanierung von Landes-Liegenschaften.

40 Millionen Hilfspaket für Hochwasserschädigte

Im Frühjahr 2013 bedrohte das Hochwasser große Teile Niedersachsens. Von den eingesetzten 40 Mio. Euro wurden 20 Mio. Euro aus Landesmitteln und 20 Mio. Euro aus Bundesmitteln für die Soforthilfe für die Hochwasser betroffenen Menschen freigegeben.

Übernahme des Tarifabschlusses 2013

Durch einen Beschluss des Niedersächsischen Landtages wurden Ende 2013 die Einkommen für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und - empfänger um 2,65% rückwirkend zum 1. Januar 2013 erhöht. Eine weitere Erhöhung um 2,95% im Rahmen des Tarifabschlusses ist für den Juni 2014 vorgesehen.

100 neue Stellen für die Steuerfahndung und Betriebsprüfung

Die Landesregierung sieht vor 100 zusätzliche Stellen im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung zu schaffen. Bis 2017 werden 100 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter pro Jahr eingestellt.

Zukunftsoffensive Bildung

Die Bildungspolitik hat für die Sozialdemokraten eine zentrale Bedeutung. Bildung ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik! Die bildungspolitische Baustelle, die wir von Schwarz-Gelb geerbt haben, bedarf eine Umsteuerung der Ressourcen im Kulturbereich: Unsere Landesregierung verstärkt den Kultusetat sogar mit zusätzlichen Finanzmitteln um 105 Mio. Euro im MiPla-Zeitraum. Das ist angesichts der zu erwartenden Finanzlage eine große Herausforderung, der wir uns für die Zukunft unserer Kinder stellen werden!

Die 290 Mio. Euro die von der alten Landesregierung nicht ausfinanziert wurden (z.B. bei der Inklusion, bei den Forderungen der Rentenversicherung) haben wir auf solide finanzielle Füße gestellt, alles ist gegenfinanziert. Unser Ziel ist es nach wie vor, die frühkindliche Bildung zu stärken, die Ganztagschulen auszubauen und für weitere Qualitätsverbesserungen zu sorgen!

Der Ausbau der Ganztagschulen steht für die rot-grüne Bildungspolitik mitunter an vorderer Stelle. Es gibt zur Zeit rund 1.600 Ganztagschulen aber nur 400 sind voll ausgestattet. Die anderen 1.200 werden oft auch als „Ganztagschule light“ bezeichnet. Das ändern wir mit der Zukunftsoffensive Bildung, indem wir bis zum Jahr 2017 rd. 260 Mio. Euro zusätzlich in diesem Bereich investieren. Die Ganztagschulen sollen nicht nur eine vernünftige Ausstattung erhalten sondern auch durch zusätzliche 2300 Lehrerstellen verstärkt werden.

Für die frühkindliche Bildung werden wir in den kommenden Jahren 5.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter

drei Jahren schaffen. Dafür sind im MiPla fast 80 Mio. Euro für Investitionen und Betriebskosten vorgesehen.

Für die Qualitätsoptimierung an Schulen in Niedersachsen werden in Niedersachsen zusätzlich 82,8 Mio. Euro im Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung (MiPla) eingesetzt. Diese stellen sich zusammen aus Investitionen von 14,5 Mio. Euro in die Lehrerfort- und -weiterbildung. 11 Mio. Euro werden für die Stärkung der betrieblichen Ausbildung investiert. Wir schichten im Haushalt um und investieren in Bildungsregionen und den islamischen Religionsunterricht. Die Mittel für die Inklusion und für Fachkräfte für Arbeitssicherheit stocken wir auf so wie wir die Zahl der Schulpsychologen erhöhen, mehr Stellen für Schulentwicklungsberatung schaffen und die Schulinspektion ausbauen.

Wissenschaft, Hochschule und Kultur

Wie man bereits aus den Medien entnehmen konnte, hat der Landtag im Dezember 2013 für den Gesetzentwurf zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren zugestimmt. Somit endet die Ära des Bezahlstudiums zum Wintersemester 2014/2015. Ein Studium ist damit nicht mehr abhängig vom Geldbeutel der Eltern!

Mit dem Hochschulentwicklungsvertrag ist die rot-grüne Landesregierung den Forderungen der Hochschulen nachgekommen und hat dadurch den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit bis 2018 gegeben. Dafür haben sich die Hochschulen im Hochschulentwicklungsvertrag u.a. dazu verpflichtet, für mehr Geschlechtergerechtigkeit, für eine breitere soziale Öffnung, für die Verbesserung der Qualität des Studiums und für die Etablierung von Wissenschaft und Forschung für nachhaltige Entwicklung zu stehen.

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen!

Die Zahl der Werkverträge hat in der Vergangenheit erheblich zugenommen, insbesondere in der fleischverarbeitenden Industrie. Mit dem übermäßigen Einsatz von Werkverträgen geht auch das Problem der Dumpinglöhne einher. Die SPD-Fraktion hatte bereits in der Vergangenheit diesem Missbrauch die Stirn geboten. Wir setzen uns nach wie vor u.a. für die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte, der Meldepflicht für Werkverträge, der Nachweispflicht bzgl. Sozial- und Krankenversicherung für Werkvertragsbeschäftigte, der personellen Verstärkung der Finanzkontrollen

Schwarzarbeit (FKS) und der Staatsanwaltschaft und Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen ein.

Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn

Die SPD-Fraktion hat im Zuge ihrer Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn mit ihrem Koalitionspartner im Landtag den Antrag „Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohn unterstützen“ eingebracht.

Novellierung des Landesvergabegesetzes

Das Landesvergabegesetz wurde reformiert. Am 30.10.2013 hat der Niedersächsische Landtag ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) beschlossen, das zum 01.01.2014 in Kraft getreten ist.

Managergehälter wirksam begrenzen

Da es heute nicht verständlich ist, dass die Gehälter von Spitzenmanagern mehr als das 70-fache, in Einzelfällen bei Vorstandsvorsitzenden sogar mehr als das 200 bis 400-fache im Vergleich zu einem durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer beträgt, haben die Fraktion SPD und B90/Die Grünen im Juni 2013 einen Änderungsantrag beschlossen, der aus dem Ursprungsvertrag der Opposition einen Antrag machte, der Managergehälter wirksam begrenzen will.

Soziales Niedersachsen

Die Fraktion SPD und B90/Die Grünen haben im Sozialen Bereich eine Reihe von Verbesserungen vorgesehen, die den Lebensstandard von Menschen mit Behinderung und Bedürftigen nachhaltig verbessern. So wird beispielsweise das Landesblindengeld für alle, die 25 Jahre und älter sind, vom 1. April 2014 von heute 265 auf 300 Euro erhöht. Taubblinde erhalten künftig 2.500 Euro pro Jahr aus dem Blindenfond. Weiterhin werden die Gesundheitsregionen mit insgesamt 600.000 Euro Landesmitteln gefördert und ausgebaut.

Ziel ist eine flächendeckende und sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung. Mit der Unterstützung unserer Fraktion werden 360 Mio. Euro für Investitionen in Krankenhäuser in den nächsten drei Jahren getätigt. Die Präventionsarbeiten der Vereine und Verbände der AIDS-Hilfe in Niedersachsen werden mit zusätzlichen 150.000 Euro unterstützt.

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, die wichtige Arbeit für und mit von Armut betroffenen Menschen leistet, werden von den Koalitionsfraktionen unterstützt.

Die Erwerbsloseninitiativen erhalten eine Förderung vom Land in Höhe von 600.000 Euro.

Für alternative modellhafte Wohnformen im Alter wurden erstmals eine Million Euro zur Verfügung gestellt.

Für die Einrichtung einer Pflegekammer in Niedersachsen wurden von der rot-grünen Parlamentsmehrheit Hausmittel bereit gestellt. Die Landesregierung erarbeitet momentan einen Gesetzesentwurf zur entsprechenden Ergänzung des Heilberufgesetzes. Programme für ungewollt kinderlose Paare werden erstmals mit 3,4 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Umwelt, Energie und Klimaschutz

Bund und Länder haben sich am 9. April 2013 auf eine neue, bundesweite Suche nach einem Atommülllager geeinigt. Die ausschließliche Konzentration auf den Salzstock Gorleben hat damit ein Ende. Dies ist ein Riesenerfolg für die neue rot-grüne Landespolitik. Niedersachsen hat unter der Federführung von Ministerpräsident Stephan Weil gut verhandelt und die Blockade in den Verhandlungen aufgebrochen.

Ein weiterer Punkt ist der Küstenschutz. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAL) für Maßnahmen des Küstenschutzes hat Rot-Grün Mittel in Höhe von 61,6 Mio. Euro vorgesehen.

Auch der Verbraucherschutz wurde durch die Fraktion SPD und B90/Die Grünen gestärkt. Es wurde ein Unterausschuss Verbraucherschutz im Niedersächsischen Landtag eingerichtet, um den vielfältigen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher Rechnung zu tragen.

Durch die Neuausrichtung der Agrarpolitik der rot-grünen Landesregierung wird zukünftig deutlich ökologischer und gerechter Agrarpolitik betrieben. Sowohl bei den Direktzahlungen für Landwirte als auch bei der Zuweisung von Mitteln aus dem EU-Fördertopf ELER für Agrarumweltmaßnahmen, Tierschutz, Ökolandbau und Dorferneuerung steht Niedersachsen nun besser da als nach den bisherigen Plänen des Bundes. Für die gesamte Förderperiode von 2014 bis 2020 erhält Niedersachsen aus dem ELER-Topf mehr als 1,1 Milliarden Euro. Das Bundesmodell hätte für Niedersachsen eine Kürzung um 86 Mio. Euro auf dann 889 Mio. Euro bedeutet. Stattdessen erhält Niedersachsen nun rund 230 Mio. Euro mehr. Ursache für diese Berechnung ist ein zugunsten Niedersachsens geänderter ELER-Verteilungsschlüssel sowie die erreichte Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungen hin zu gezielten Fördermaßnahmen aus dem ELER-Topf.

Die Agrarinvestitionsförderung wird in der neuen EU-Förderperiode auf die Förderung besonders tiergerechter Stallbauten konzentriert. Die Umsetzung des Tierschutzplans und die Errichtung einer Antibiotika Datenbank werden mit einem finanziellen Volumen von einer Mio. Euro pro Jahr fortgesetzt.

Für ein Europäisches Niedersachsen

Finanzrahmen der Europäischen Union 2014-2020

In der Förderperiode von 2007 bis 2013 hat Niedersachsen von den EU-Mitteln stark profitiert - fast 2,7 Milliarden Euro aus den Fonds EFRE, ESF, ELER und dem Fischereifonds. Für die nächste Förderperiode waren allerdings erhebliche Einschnitte zu erwarten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit den anderen Staats- und Regierungschefs im Februar 2013 beim EU-Gipfel beschlossen, den Finanzrahmen auf rund 960 Milliarden Euro zu kappen. Damit würde zwar das Volumen des Etats steigen, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt der EU aber auf ziemlich genau 1 Prozent sinken, was genau ein Realverlust von 10 Prozent wäre.

Auf der Grundlage der politischen Einigung des Europäischen Rates stehen im Zeitraum 2014 bis 2020 rund 277,9 Mrd. Euro für Direktzahlungen und Marktmaßnahmen in der ersten Säule und für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes rund 84,9 Mrd. Euro in der zweiten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik zur Verfügung. Das Ergebnis ist aus niedersächsischer Sicht sehr zufriedenstellend, weil wesentliche Forderungen Niedersachsens erfüllt worden sind - zudem wurden im Interesse von Niedersachsen ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA unterstützt. Unsere Kernforderung ist der Erhalt von Standards, damit den Bürgerinnen und Bürgern oder der niedersächsischen Wirtschaft kein Schaden zugefügt wird. Das betrifft sowohl Sozialstandards, Verbraucherschutz als auch den Rechtsschutz.

Politik für Niedersachsens Kommunen

Mit der Wiedereinführung der Stichwahlen bei den Wahlen von Landräten und Bürgermeistern sowie der Wahlzeitverkürzung von Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten stärken wir die direkten Wahlmöglichkeiten und sorgen für noch mehr Aufmerksamkeit und demokratischen Wettstreit bei den Wahlen vor Ort. Diesen Fehler der Vorgängerregierung haben wir unverzüglich korrigiert.

Innere Sicherheit in Niedersachsen

Eine vom Innenminister Niedersachsens Boris Pistorius einberufene Kommission, wurde mit dem Auftrag betraut, konkrete Handlungsvorschläge zur Reform des Verfassungsschutzes zu gestalten, um gewonnene Erfahrungen aus den Ermittlungen gegen die rechtsextremistische Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zur Aufbereitung neuer Reformen zu nutzen.

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist der Einsatz der rot-grünen Landesregierung für ein NPD Verbot. Wir sehen im NPD-Verbotsantrag einen zentralen Schritt im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Er ist ein starkes und nötiges Symbol für Menschenrechte und Demokratie in Deutschland.

**EIN JAHR ROT-GRÜNE
REGIERUNGSKOALITION.
EIN GUTES JAHR FÜR NIEDERSACHSEN.**

- **Gemeinsam für Niedersachsen** - Treffen des Fraktionsvorstandes mit der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen in der SPD Landtagsfraktion



Fraktionssitzung der SPD Landtagsfraktion:
Während eines Zwischenstopps mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil



Grant Hendrik Tonne

Mitglied im Niedersächsischen Landtag
www.ghtonne.de

Wahlkreisbüro Nienburg/Weser

Georgstraße 28
31582 Nienburg/Weser
Tel: 05021 / 38 66
Fax: 050521 / 1 45 64
E-Mail: nienburg@ghtonne.de

Kontaktbüro Schaumburg

Echternstraße 33
31655 Stadthagen
Tel: 05721 / 7 56 22
Fax: 05721 / 92 96 23
E-Mail: schaumburg@ghtonne.de

Kontaktbüro Diepholz

Bremer Straße 25
27211 Bassum
Tel: 0 42 41 / 44 03
Fax: 0 42 41 / 53 16
E-Mail: diepholz@ghtonne.de